



Sitzung vom

25. April 2023

Mitgeteilt den

26. April 2023

Protokoll Nr.

341/2023

Anfrage Hofmann

betreffend Erinnerungskultur und Kontextualisierung des Mausoleums auf dem Friedhof Daleu in Chur

Antwort der Regierung

Auf dem Stadtfriedhof Daleu in Chur steht ein Grabmal bzw. ein Gedenkstein zur Erinnerung an während des Ersten Weltkriegs in Graubünden internierte und hier verstorbene deutsche Soldaten. Errichtet wurde er 1938 vom «Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge», einer damals nationalsozialistisch geprägten Organisation, die das Gedenken an die Verstorbenen des Ersten Weltkrieges zur Verbreitung ihrer politischen Gesinnung instrumentalisierte. Während die Existenz dieses Steins in Fachkreisen schon seit Längerem bekannt war, hat eine breite Öffentlichkeit davon im Januar 2023 durch die Berichterstattung von Schweizer Radio und Fernsehen erfahren. Der Bericht stiess auf grosse Resonanz und löste eine Diskussion um den künftigen Umgang mit dem Gedenkstein aus. Vielfach wurde auch ein Bedürfnis nach historischer Aufarbeitung des Themas geäussert.

Zu Frage 1: Die Regierung ist bereit, zusammen mit der Stadt Chur die Initiative zur Erhaltung und Kontextualisierung des Gedenksteins auf dem Friedhof Daleu zu ergreifen, um die Bevölkerung zu informieren und zu sensibilisieren.

Zu Frage 2: Die Regierung begrüsst Forschungsinitiativen, welche zu einem vertiefteren historischen Verständnis der Zeit rund um die beiden Weltkriege in Graubünden sowie der damaligen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse beitragen. Erfreulicherweise wurden in jüngerer Vergangenheit mehrere Forschungsbeiträge zur Zeit des Zweiten Weltkriegs, zu den Aktivitäten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) in Graubünden im Allgemeinen und zur Ermordung des Landesgruppenleiters der NSDAP für die Schweiz Wilhelm Gustloff im Speziellen

sowie auch zur Geschichte der Holzverzuckerungs-AG veröffentlicht. Bevor ein konkreter Forschungsauftrag formuliert werden kann, ist es daher wichtig, den aktuellen Stand der Forschung genauer zu erheben und bestehende Forschungslücken zu identifizieren. Deshalb plant die Regierung ein entsprechendes Rechercheprojekt in Auftrag zu geben, mit dem Ziel, eine umfassende Bibliografie relevanter Forschungsliteratur zu erstellen und bestehende Forschungsdesiderate zu identifizieren. Grossrat Tino Schneider richtet überdies aktuell einen Auftrag betreffend "Aufarbeitung der Geschichte des Faschismus und des Nationalsozialismus im Kanton Graubünden" an die Regierung, in dem der Fokus auf die Zeit vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs liegt. Es bietet sich deshalb an, das Rechercheprojekt auf beide Vorstösse ausgerichtet anzulegen. Darauf aufbauend ist die Regierung bereit, konkrete Forschungsvorhaben in Auftrag zu geben.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Peter Peyer

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin